



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

17/VII/99 - 10. Mai 1962

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21831 - 33

Fernschreiber 0 886 890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

| <u>Seite:</u> | | <u>Zeilen:</u> |
|---------------|---|----------------|
| 1 - 1a | <u>In Ermangelung anderer Vorschläge ...</u> Spannung Bonn - Washington so schnell wie möglich beseitigen ! | 67 |
| 2 - 3 | <u>Zwischenbilanz in Washington</u> Nüchterne Aussenpolitik - Gründe der Entfremdung mit Bonn Von unseren diplomatischen Mitarbeiter in den USA | 89 |
| 4 - 5 | <u>Was geht uns Spanien an?</u> Wo die Freiheit erdrosselt wird, dürfen wir nicht schweigen Von Ernst Paul, MdB | 37 |
| 6 - 7 | <u>Baustopp-Debatte im Bundestag</u> Parteien mit verkehrten Fronten Globaler Dirigismus nach globaler Steuerlosigkeit | 66 |
| 8 | <u>Hilflosigkeit</u> Staatsautorität und Volkswagenpreise | 27 |
| 9 | <u>Ein Paradoxon?</u> Zur Veröffentlichung einer ISA-Studie über die wirtschaftlichen Folgen der Abrüstung | 17 |

Verantwortlich: Günter Markscheffel

In Ermangelung anderer Vorschläge ...

Spannung Bonn - Washington so schnell wie möglich beseitigen!

sp - Die nicht mehr zu verbergende Mißstimmung zwischen Bonn und Washington, gesteigert durch die bekannten Äusserungen des Bundeskanzlers in Berlin, ist eines der ernstesten Probleme der internationalen Politik. Sun-
dpresseschef von Eckardt kann "interpretieren" so viel er will; es bleibt der Tatbestand, dass der Bundeskanzler in Berlin über Verlauf und Ergebnis der Athener NATO-Konferenz eine andere Beurteilung bekanntgegeben hat, als Bundesausserminister Schröder.

Diesen Widerspruch können die Herren vielleicht unter sich selbst klären. Auch der Aussenpolitische Ausschuss des Bundestages, der heute Nachmittag zusammentritt, wird sich um die Klärung der Verworrenheit im Regierungslager kümmern.

Aber unabhängig davon, zu welchem Urteil der Aussenpolitische Ausschuss gelangen mag, sollte die deutsche und internationale Öffentlichkeit vor Kenntnis nehmen, dass Präsident Kennedy der tieferen Grund für das Entstehen der Mißstimmung zwischen Washington und Bonn und das Verhalten der amerikanischen Regierung jetzt deutlich genannt hat.

Kennedy sagte in seiner Pressekonferenz von Mittwochabend, die Amerikaner seien bei ihren Bemühungen um eine zufriedenstellende Lösung des Zugangsproblems nach Berlin nicht mit irgendeiner bestimmten Formulierung verheiratet. Die USA hätten immer ein offenes Ohr für Überlegungen oder für die Unterbreitung von Alternativvorschlägen durch die Alliierten gehabt.

"In Ermangelung anderer Vorschläge glauben jedoch die USA, dass der gegenwärtige Vorschlag eine nützliche Grundlage für sondierende Unterhaltungen mit der Sowjetunion geben kann."

In dieser Bemerkung des amerikanischen Präsidenten widerspiegelt sich die ganze Phantasielosigkeit und Lethargie der offiziellen deutschen Politik bei der Behandlung des Problems der Ost-West-Beziehungen. Nicht erst seit dem 13. August 1961, schon viel viel früher, mindestens jedoch seit dem Ende der Ära Eisenhower-Dulles drängt die Regierung der Vereinigten Staaten ihre Alliierten und besonders die Bundesrepublik, Vorstellungen zur Überwindung eines Zustandes zu entwickeln, der nicht nur von einem

oster Dulles als "Weg am Rande des Krieges" bezeichnet wurde. Die be-
kannnte "Arbeitsgruppe in Washington", die bekanntlich geschaffen wurde,
um in einem ständigen Meinungsaustausch der westlichen Alliierten un-
tereinander praktikable Vorschläge zu ventilieren und auszuarbeiten,
ist sanft entschlafen.

Nicht durch die Schuld der Amerikaner!

- * Was seither geschah, der Skandal um den Botschafter Kroll,
- * die an Hintertreppen-Romane erinnernden Methoden bei der
- * vorzeitigen Veröffentlichung von amerikanischen Verhand-
- * lungsüberlegungen und jetzt die abwertenden Äusserungen
- * Adenauers in Berlin - alles das lässt die Frage aufkommen,
- * ob die offizielle Bonner Politik unter Umständen auch
- * bereit sein könnte, Bemühungen um die Lösung des Berlin-
- * und Deutschlandproblems einfrieren zu lassen.

In den letzten Monaten konnte oft genug die erfreuliche Feststel-
lung getroffen werden, dass sich Regierung und Opposition in der Ziel-
setzung, ein in Frieden und Freiheit wiedervereinigtes Deutschland mit
der Hauptstadt Berlin anzustreben, einig sind. Dieses Wort gilt auch
heute noch. Aber zwischen dem Wort und den Taten der für die Errei-
chung eines solchen Zieles in erster Linie verantwortlichen Regierung
gibt es unterschiedliche Auffassungen. Diese zu überbrücken und eine
gemeinsame deutsche Politik in Einklang mit den Vorstellungen unserer
Alliierten zu bringen, wäre die Aufgabe der Regierung gewesen und ist
es jetzt noch.

Der stellvertretende Vorsitzende der SPD- **W e h n e r**,
sagte kürzlich, es sei nicht Aufgabe der Sozialdemokraten, in dieser
schwierigen Situation des deutschen Volkes bestehende Meinungsverschie-
denheiten unter die Lupe zu nehmen und dadurch noch die Schwierigkeiten
zu vergrössern. Die Opposition wolle helfen zu vermeiden, dass Fehler
der Regierung sich endgültig zu Ungunsten des deutschen Volkes aus-
wirken.

Auch **d i e s e s** Wort gilt, denn an einer Verschärfung der Miß-
stimmung zwischen Bonn und Washington - auch wenn diese Mißstimmung
durch die Bundesregierung hervorgerufen wurde - kann **n i e m a n d**
in Deutschland und in der freien Welt interessiert sein.

Zwischenbilanz in Washington

Nüchterne Aussenpolitik - Gründe der Entfremdung mit Bonn

Von unserem diplomatischen Mitarbeiter in den USA

Der nachstehende Artikel unseres diplomatischen Mitarbeiters in den USA wurde zu einem Zeitpunkt geschrieben, da Adenauers letzte abwertende Äusserungen über die vorsichtigen amerikanisch-sowjetischen Fühlungnahmen zur Lösung der Berlinfrage noch nicht bekannt waren. Seither ist, wie unser Korrespondent telefonisch mitteilte, die bereits in der vergangenen Woche zutage getretene Misstimmung noch ernster geworden. Die Redaktion.

* * *

Die hohen Besucher, die einander fast die Türklinke des Weissen Hauses in Washington reichten, sind wieder abgereist: Hallstein kam und ging, gefolgt von MacMillan, und beide redeten mit dem Präsidenten über Probleme der EWG und ihrer Erweiterung und ihres Ausbaus, und dann kam Brentano und sagte dem Präsidenten, dass man kein Internationalisierungsprogramm durchsetzen und die Sondierungen und Verhandlungen mit Dobrynin abbrechen solle, und dann erschien der österreichische Bundeskanzler Gorbach und bat um Öffnung einer Hintertür, um sein neutrales Land nicht von den zollfreien Gefilden der EWG auszuschliessen. Inzwischen packte Rusk seine Koffer, um in Athen am NATO-Rat teilzunehmen und seinen Kollegen etwas über eben diese Sondierungen mit Dobrynin zu erzählen. Nun herrscht eine Atempause, und man darf eine Zwischenbilanz ziehen.

Die Aufregung in der Bundesrepublik über den Internationalisierungsplan und alle seine Bestandteile hat sich inzwischen etwas gelegt, und man hat jetzt Musse, das ganze Problem und Präsident Kennedys Bemühungen, es zu lösen, ein wenig genauer zu prüfen. Man kann sich sogar etwas Zeit dazu lassen - niemand redet mehr davon, dass im Frühjahr oder spätestens im Frühsommer eine neue Gipfelkonferenz zusammentreten werde, die dann etwa ihr endgültiges Placet unter eine "Einigung" über Berlin setzen würde, - das ist aus und steht nicht mehr auf dem Fahrplan. Obwohl Washington, nüchtern und kühl wie immer, dringend davor warnt, aus den russischen Friedlichkeitsgesten und der Abberufung Konjews vorschnelle Schlüsse zu ziehen, weil man doch in Wahrheit noch keineswegs über den Berg sei - sieht man doch sehr wohl ein, dass das Dringlichkeitselement im Augenblick fehlt. Es ist kaum falsch hinzuzufügen, dass man heute den Beitritt Englands zur EWG und deren Ausbau in politischer Hinsicht, sowie die endgültige Präzisierung des amerikanischen Planes der "Partnerschaft" zu ihr, als viel dringlicher hält als die Berlinfrage, in der ein gemässigt tempo für die praktischste und zweckmässigste Gangart gehalten wird.

Stillstehen will Kennedy nicht

Aber gemässigt tempo heisst nicht Stillstand. Im Gegenteil, Kennedys sentimentale Art, das Berlinproblem anzupacken und Rusk in stillen Sondierungen bis auf den sachlichen Grund des Problems vorstossen zu lassen, hat man hier den "ersten wirklich ernsthaften Versuch zum wirklichen Verhandeln" genannt, und daran ist ein Körnchen Wahrheit. In Bonn hat man

immer mit Pathos erklärt, zum Verhandeln willig und bereit zu sein: nun, da man nicht mehr zum Fenster hinaus deklamiert, sondern ernste Diplomatie betreibt, sollte eigentlich von Bonn kein Protest kommen, meint man hier.

Es ist hier in der Tat eine Verstimmung über die Haltung der Bundesregierung vorhanden. Man will doch nicht die Berliner Bevölkerung für die politischen Fehler der Bonner Regierungsmänner bestrafen. Aber man hat doch der Regierung einiges vorzuwerfen, und mit aller unter Verbündeten angemessenen Reserve und Höflichkeit hat man diese Punkte doch recht klar gemacht. Erstens heisst es, Bundeskanzler Adenauer könne nicht zwei Politiken gleichzeitig verfolgen. Entweder muss er für Verhandeln, und die Suche nach friedlichen Lösungen sein. Oder aber ist gegen jeden Versuch eines modus vivendi - dann muss er sich und die Berliner Bevölkerung auf eine permanente Gewitteratmosphäre gefasst machen, und dann wird man eben von Krise zu Krise wandern müssen, immer nur gestützt auf das amerikanische Militärpotential.

Ein weiterer Vorwurf ist, dass die Bundesregierung mit zweierlei Mass messe. Seit Jahren - so sagt man hier jetzt immer wieder - gibt es einen deutschen Handelsverkehr über die Zonengrenze hinweg, seit Jahren gibt es Kontakte auf der technischen Ebene, im Post- und Verkehrswesen, der Kriminalpolizei und auf anderen Gebieten: aber wenn Präsident Kennedy jetzt sagt, dass man das auch international, in der Kontrolle des Flugkanals, tun sollte, dann sei man empört. Warum darf Bonn "technische Kontakte" mit dem Osten haben, und ist beleidigt, wenn andere das gleiche tun? Natürlich gibt es gewichtige Unterschiede, aber Bonns Proteste klingen in Washington nicht sehr überzeugend für alle jene Amerikaner, die wissen, dass die Zonengrenze längst nicht so hermetisch verriegelt ist wie etwa die Grenze zwischen Nord- und Südkorea, über die ja nicht einmal eine Postkarte hinwegkommt.

Washington macht sich keine Illusionen

Trotz dieser Verstimmung hat man freilich im Staatsdepartement einen kühlen Kopf behalten. Man hält sich an Kennedys Marschroute - und weigert sich sogar, darin eine "neue" amerikanische Aussenpolitik zu sehen: in Wirklichkeit sei es nur eine klare Fortführung der bisherigen Linie, höchstens mit mehr Intensität die diplomatische Maschinerie ausnutzend. Man hat die Einschätzung des russischen Gegenspielers in irgend einer Weise gemildert oder revidiert, und ist daher völlig, aber wirklich völlig, illusionslos, wie etwa ein Chirurg, der eine schwierige Operation nach besten Kräften vornimmt, obwohl er weiss, dass die Erfolgsaussichten problematisch bleiben. Aber das grundlegende Faktum ist eben doch, dass Präsident Kennedy aus der starren Sackgasse herauswill, dass er sein Gehirn nach einer Möglichkeit zernartert, Westberlin nicht dauernd am Rande einer Katastrophe stehen zu lassen.

+ + +

Was geht uns Spanien an?

Von Ernst Paul, MdB

Nun sind sie wieder in die Grube gefahren. Ein Teil der Arbeiter in Asturien hat nach kurzem Kampf kapituliert. Sie beugten sich der übermächtigen Diktatur. Die Führer sitzen im Gefängnis. Im Ausnahmezustand, von Franco verhängte, marschierte das Militär auf - Arbeiter- und Bauernsöhne - bereit, auf die Väter anderer Arbeiter- und Bauernsöhne zu schießen. Die Ordnung ist wieder hergestellt, aber an anderen Orten Spaniens sind erneut Zehntausende in den Streik getreten und rebellieren gegen eben diese Ordnung mit ihren unmenschlichen Arbeitsbedingungen.

Der Deutsche hat es schwer, zu Spanien in ein richtiges Verhältnis zu kommen: Als in den Jahren 1935-38 die Republik versuchte, in Spanien eine gerechte soziale Ordnung zu schaffen, war das deutsche Volk selbst verklärt. Jede Nachricht über die Entwicklung in diesem fernen Lande wurde durch die Filter der Goebbels-Propaganda gepresst. Die spanischen Republikaner und deren auf Grund freier Wahlen gebildete Regierung waren einfach "Rote", Kommunisten.

Das deutsche Volk erfuhr nichts davon, dass sich ursprünglich in der republikanischen spanischen Zentralregierung unter 14 Ministern nach Beginn des Bürgerkrieges ganze zwei Kommunisten befanden. Es erfuhr nichts davon, dass die katholischen Basken, Nachkömmlinge keltischer Westwanderer, ebenso wie die Catalanen eine kurze Zeit nach dem Grundsatz des Selbstbestimmungsrechtes ihre nationale Autonomie genießen durften. Es erfuhr nichts davon, dass erst, als Spanien vom demokratischen Westen verlassen und schon alles verloren war, die Kommunisten das Ruder des sinkenden Schiffes der Republik ergreifen konnten. Gestützt auf seine maurischen Divisionen siegte Franco über die Republik. Über Guernica liess Hitler Görings Luftwaffe sich im Bomberwerfen üben und Mussolini schickte seine Soldaten den Spiessgesellen Francos als "Freiwillige" zur Hilfe. Die Solidarität der Diktatoren bewährte sich besser als jene der Demokratie.

Seit dieser Zeit einer unbewältigten Vergangenheit schwankt Spaniens Bild im Bewusstsein des deutschen Volkes. Manchen unserer Landsleute erscheint nicht nur die Landschaft mit Sonne und blauem Meer, mit reifenden Trauben und leuchtenden Blutorangen, mit alter Architektur und Stierkämpfen verlockend. Verlockend ist für manche auch der Umstand, dass man Arbeitskämpfe nicht mit langwierigen Verhandlungen der Sozialpartner oder gar durch Streiks, sondern durch Ausnahmezustand und Militär beenden kann. Wie könnte, so mögen manche träumen, alles so einfach sein, wenn man wie Franco handeln könnte!

Die Mehrheit des deutschen Volkes dürfte im Falle Spanien ohne Meinung sein und glauben, Vorgänge in Asturien, im Baskenland oder in Catalanien gehen uns nichts an. Dies ist irrig. So lange es in einem westlichen Land Unfreiheit, soziale Ungerechtigkeit und Diktatur gibt, ist unsere Abwehrkraft gegen bolschewistische Unfreiheit und Diktatur geschwächt.

Das spanische Beispiel hat aber noch eine andere Seite. Es gibt auch in der Bundesrepublik Leute, die unsere demokratischen Freiheiten nicht sehr hoch bewerten. Was ist das schon, dass wir bei uns frei wählen, frei verhandeln und einige Prozent Verbesserungen herausholen können! Wer an Spanien oder an den Osten denkt, weiss, dass dies unendlich viel ist. Viele kleine Freiheiten summieren sich zur grossen Freiheit.

Was können wir für Spanien tun? Weniges, oder so gut wie nichts. Nur eines: wir dürfen nicht schweigen. Wenn schon die Studenten an der Universität von Madrid zu protestieren wagen, sollte es uns nicht schwer fallen, in der Presse wie in den Parlamenten der freien Welt das Wort für jene zu führen, die nur unter Opfern kämpfen können.

+ + +

Baustop-Debatte im Bundestag

rd - Die Nachfrage nach Bauleistungen ist seit langem gross und seit mindestens einem Jahr sogar überhitzt. Zum Teil zeigt sich darin die Flucht in die Sachwerte, wegen der seit 1950 anhaltenden schleichenden Inflation, zum anderen Teil die Wirkung globaler Förderungsmaßnahmen, z.B. im Einkommensteuerrecht, das für Bauaufwendungen zusätzliche steuerliche Begünstigung gewährt. Man hätte die jetzige Überhitzung der Baukonjunktur und die unerträgliche Steigerung der Baupreise vermeiden können, wenn die Bundesregierung nach den Erkenntnissen ihres Wirtschaftsministers gehandelt hätte und seinen Vorschlägen gefolgt wäre. Er hat nämlich bereits vor Jahren gefordert, gewisse globale Begünstigungen des Einkommensteuerrechtes, die der Investitionsförderung und besonders damit der Vermögensbildung "grosser kapitalintensiver Unternehmungen" dienen, abzubauen.

Nun, Erhard hat sich mit seinen besseren Einsichten nicht durchgesetzt und lässt sich heute nicht einmal gern daran erinnern - und so werden diese globalen Förderungsmaßnahmen für die Investitionsfinanzierung, die eine der Hauptursachen der jetzt überhitzten Nachfrage nach Bauleistungen und damit der Baupreissteigerungen ist, eben nicht beseitigt. Dagegen soll ihnen ein ebenso globales Gesetz entgegengestellt werden, das nach Ansicht der CDU/CSU die Baunachfrage um 15 bis 20 % senken soll. Die Wirkung wird sein, dass sich die Nachfrage aus den globalen Förderungsmaßnahmen des Steuerrechtes auf andere Bereiche verlagern wird.

Wirksamer für die Eindämmung der Baunachfrage ist der Gesetzesvorschlag der FDP, der durch die Aussetzung der Abschreibungsbegünstigungen nach § 7 b des Einkommensteuergesetzes dem Übel der Baunachfrage an die Wurzel geht. Er ist auch für die Sozialdemokraten eine Diskussionsbasis, weil hier dem Unrecht der einseitigen Begünstigung privater kommerzieller Bauherren, die Wohnungen lediglich aus Gewinnüberlegungen bauen und bei Ausnutzung aller steuerlichen Möglichkeiten und staatlicher Förderung in wenigen Jahren Riesenvermögen erwerben, entgegengetreten werden kann. Auch Minister Erhard nannte diese Art Bauherren "Baulöwen", doch ist keine der von ihm oder seiner Partei vorgeschlagenen Massnahmen geeignet, diesem Übelstand abzuhelpfen.

Die Debatte um den Baustop stellte wieder einmal die Parteien des Bundestages in anscheinend verkehrten Fronten dar. Die angeblichen Marktwirtschaftler der Regierungsparteien sahen keinen anderen Ausweg aus dem von ihnen durch Untätigkeit verursachten Dilemma, als globalen Dirigismus. Stop der Bauproduktion, wie auch andere Haushaltsausgaben nach dem Haushaltsgesetz, um 20 % - Bauverbote mit Ausnahmegenehmigungen, die den angeblich von ihnen so sehr gehassten Bezugschein und die beschränkte Genehmigung wieder ins Leben rufen. Die Sozialdemokraten hatten eine gütliche Verständigung zwischen Bundes-, Länder- und Gemeindebehörden sowie zwischen Wirtschaftsverbänden für vernünftiger gehalten. Dieses Verfahren bietet die Möglichkeit, Bauleistungen dort zu bremsen, wo wirklich Überhitzung herrscht; es verhindert jedoch dort, wo überschüssige Baukapazitäten vorhanden sind, dass nicht durch die globale Einschränkung der Mittel noch weitere Kapazitäten freigesetzt werden. Das wäre wirklich ein marktkonformes Verhalten gewesen.

Marktkonformes Verhalten scheint im Augenblick besonders dringlich nötig zu sein. Die Wirkungen der globalen Massnahmen die uns in die Konjunkturüberhitzung führten - und die man traf, weil man an die Selbstgesundheit des Marktes glaubte - hat man und sucht man weiter mit ebenso globalen Massnahmen zurückzudrängen. Das führt zu unerträglichen Schwankungen. Vor diesen Schwankungen, die die Konjunktur leicht in eine Rezession, wenn nicht gar in eine Krise umschlagen lassen könnten, hat z.B. das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung in den letzten Wochen wiederholt gewarnt. Es hat besonders die Bundesregierung vor globalen Einschränkungen gewarnt, zumal nicht in allen Baubereichen, wie Tiefbau, Strassenbau, und nicht in allen Teilen des Bundesgebietes in gleicher Weise der Bauproduktion Überhitzung sei.

Es ist jedoch ein altes Leiden der Regierung und der Regierungspartei, dass sie im Irrglauben an die selbstreinigende Kraft des Marktes einerseits zur marktkonformen Steuerung der Marktvorgänge mit leichter Hand unfähig geworden sind und andererseits im Übereifer dirigistischer Anfälle zu eben nichtmarktkonformen globalen Mitteln greifen.

Hilflosigkeit

sp - Nicht nur auf dem Gebiet der Aussenpolitik bietet die Führungslahmsichtigkeit der Bundesregierung, ausgelöst durch nicht mehr zu übersehende Spannungen in der größten Regierungspartei, ein deprimierendes Bild. Auch in der Auseinandersetzung mit den deutschen Autoindustriellen kann sich diese Regierung nicht zu entschlossenem Handeln aufraffen. Die Herausforderung der Folge mangelhafter Gesetzgebung schwindenden Staatsautorität durch das Vorgehen des Herrn Nordhoff blieb bisher unbeantwortet. Die Drohung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, die Autozölle zu senken, verflüchtigt sich wie der Schnee an der Sonne. Adenauer will es noch einmal mit gutem Zureden versuchen. Herr Nordhoff, eine gewiss unerwartete Begleiterscheinung des Preis-Konfliktes, stellt sogar die Festigkeit der Koalition infrage, haben sich doch die Freien Demokraten ausdrücklich g e g e n die Senkung der Autozölle ausgesprochen. Aber auch innerhalb der CDU/CSU findet Nordhoff wichtige Verbündete im Arbeitskreis für Wirtschaftsfragen. Wenn schon eine Senkung der Autozölle, so wurde dort argumentiert, dann müssen auch die Zölle auf Kaffee und Tee herabgesetzt werden, was wiederum die Gegner - vor allem der Finanzminister, einer Senkung auf die Palme brachte. Ergebnis: es bleibt alles so, wie es ist; die Autoindustriellen und der Finanzminister profitieren gleichermaßen davon.

Die Gegensätze innerhalb der CDU/CSU und innerhalb der Koalition müssen die Regierung zur Tatenlosigkeit in einer Zeit verurteilen, die Klarheit, entschlossene Führung und Tatkraft verlangt. Die Regierung läßt sich treiben, statt selbst zu führen und der Entwicklung den Stempel ihres Willens aufzudrücken. Dieser Zustand völliger Hilflosigkeit stärkt die Staatsverdrossenheit des Bürgers. Darin liegen große Gefahren. Am Beispiel des Konfliktes um die erhöhten Autopreise wird sichtbar, wer in der Bundesrepublik das Letzte Wort behält. Auf der Strecke bleibt die Staatsautorität.

+ + +

Ein Paradoxon?

sp - Gegenwärtig läuft über den Weiten des Pazifik die neue amerikanische nukleare Testserie, Folge vorangegangener sowjetrussischer Atomexplosionen. Militärische Gründe zwingen Kennedy zu diesem Entschluss. Kennedy behält jedoch auch die andere Seite der Sicherheit ständig im Blickfeld, die gleichwertige und kontrollierte Abrüstung heisst. Ein Paradoxon? Eben nicht, wenn irgendeinmal, wollen sich beide Weltmächte nicht den unübersehbaren Risiken ungehamten Wettrüstens ausliefern, wird man aus Wortgefechten herausgelassen müssen. Die USA sind dafür schon jetzt vorbereitet, sie liessen gerade in diesen Tagen eine Studie des Amtes für Rüstungskontrolle veröffentlichen, die sich mit dem wirtschaftlichen Folgen eines künftigen Abrüstungsabkommens befasst. Sie kommt zu der Schlussfolgerung, damit auch eine Standard-These der Kommunisten widerlegend, eine Verminderung der Rüstungslasten würde die US-Wirtschaft keineswegs in Unordnung bringen, da ausgedehnte Konsumtionwünsche bestehen. Die behauptete Abhängigkeit von Wirtschaft und Rüstung, die es vielleicht einmal gegeben hat, ist eine Fiktion. Aber abgesehen davon: diese Studie beweist die Fähigkeit Kennedys, in größeren Zeitrahmen zu denken, ohne dabei die Fühlung mit den Realitäten zu verlieren.

+ + +